Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : Klassenkampf von oben?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gierte Laien, oftmals in NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen), die das Thema Menschenrechte im öffentlichen Bewusstsein wachhalten. Sie arbeiten – anders als in den siebziger und den beginnenden achtziger Jahren – eindeutig als *Minderheitenkirche* gemeinsam mit den Opfern des Staatsterrorismus und den sich vielmals sehr viel klarer definierenden protestantischen Kirchen.

Was empfinden die *Frauen aus Calama* angesichts des sich abzeichnenden Parlamentsentscheids zugunsten des Schlusspunkt-Gesetzes in Sachen Menschenrechtsverbrechen, mit dem Pinochet zu erreichen hofft, was er am 11. September 1995, dem Putsch-Jahrestag, den Familienangehörigen der Verschwundenen entgegenschleuderte: «Wenn sie Frieden haben wollen, sollen sie endlich vergessen»? Violeta Berrios antwortet für die Gruppe der Witwen: «Wir empfinden Schmerz, Ohnmacht – und masslose Angst davor, dass die Impunidad (Straflosigkeit) von heute die Pinochets, Contreras und Arellano Starks von morgen je nach Bedarf zu neuen Massakern und Verbrechen gegen die Generation unserer Enkel ermutigt».

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Klassenkampf von oben?

«Mut zum Aufbruch» nennt sich ein Weissbuch, mit dem 19 (männliche) «Wirtschaftsführer» und ihnen nahestehende (männliche) Experten versuchen, die Schweiz «wettbewerbsfähig» zu machen. Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung sind die unausweichlichen Konsequenzen, die sich für die Autoren aus dem immer globaler und totaler werdenden Markt ergeben. Der mörderische Kampf um Standortvorteile lässt ihnen keine andere Wahl. Tatsächlich? Die SP Schweiz hat jedenfalls ein Thema gefunden, mit dem sie sich als Verteidigerin des Sozialstaates in Szene (und «Arena») setzen kann. Nur schade, dass diese Partei letztes Jahr mit ihrem Wirtschaftskonzept vorschnell vor dem globalen Marktkapitalismus kapitulierte. Sie könnte zur Gefangenen einer Logik werden, die sie mit dem Weissbuch teilt. Herausgefordert durch den Neoliberalismus unserer «Wirtschaftsführer» sind aber auch die Kirchen. Zu fragen wäre, was ihnen die Option für die Armen heute noch bedeutet.

Aufbruch in den Abbruch

Der «Mut», den sich die federführenden Weissbuch-Autoren zusprechen, beschränkt sich darauf, dem unteren Einkommensdrittel «Opfer» zu predigen. Als *Herausgeber* zeichnen der Co-Präsident der ABB, David de Pury, sowie zwei Professoren der HSG. Unter den *Autoren* finden wir die Gebrüder Schmidheiny, die ihren Reichtum einem faktischen Zementmonopol verdanken, Vertreter von Grossbanken und Transnationalen Unternehmen wie Nestlé oder Ciba und den Wirtschaftsredaktor der NZZ, der das Buch im eigenen Blatt als «im besten Sinne radikal» belobigte, ohne seine Miturheberschaft zu erwähnen. Wenig mutig war es wohl auch, das «Manifest» nicht vor, sondern erst nach den Nationalratswahlen zu veröffentlichen...

Das *Programm* der 19 Mutigen ist rasch wiedergegeben: Es fordert die Redimensionierung aller Sozialleistungen bis auf den «individuellen Bedürftigkeitsnach-

weis». Von der AHV bleibt nur noch eine mickrige Einheitsrente, das Pensionskassen-Obligatorium, «seinerzeitiges Lieblingskind der Bürgerlichen» (Weltwoche, 14.12.95), wird aufgehoben. Gegen Arbeitslosigkeit genügt eine minimale Grundversicherung, bezahlt aus Beiträgen der Arbeitenden und aus Steuergeldern. Für weitere Leistungen mögen sich die Beschäftigten gefälligst selbst und natürlich privat versichern.

Dem *ideologischen Dogma,* dass privat immer gut, staatlich immer schlecht ist (wenn es nicht gerade um Militär und Polizei geht), folgen Privatisierungsgelüste gegenüber Post, Telefon, Bundesbahnen, Elektrizitätsmonopolen und Kantonalbanken. Die direkte Bundessteuer, die dem Bund jährlich 9 Milliarden Franken einbringt, soll abgeschafft und durch eine höhere Mehrwertsteuer zu Lasten der Allgemeinheit kompensiert werden. Nach US-amerikanischem Beispiel propagiert das Weissbuch Privathochschulen und «kostendeckende Studiengebühren» (was im Schnitt für die Studierenden eine Jahresgebühr von rund 45 000 Franken ausmachen würde). Sogar die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, einst das Herzstück des «sozialen Friedens», ist für die «Wirtschaftsführer» lästig geworden.

Was dabei herauskommt, ist ein gigantisches *Umverteilungsprogramm* von unten nach oben. Nach Berechnungen der Sonntags-Zeitung (17.12.95) beträgt die Umverteilungsmasse rund 44,5 Milliarden Franken. Und das in einer Zeit, in der die Reichen auf Kosten der Armen eh' schon immer reicher werden. Aber das kümmert die Autoren sowenig wie das Heer von Arbeitslosen, das durch die «Agenda» des Weissbuchs freigesetzt würde. Hauptsache, die «Wirtschaft» (oder was sich dafür hält) wird entlastet und von «sozialen Hypotheken» befreit.

Schlimmer noch ist die *Idolatrie des Marktes,* die hinter solchen Deregulierungsprogrammen steckt: Die «Wirtschaft» kann gar nicht anders als den Sozialabbau fordern, weil im Grunde nicht sie, sondern der Weltmarkt selbst diese «Opfer» verlangt. Adressaten der neoliberalen Opferreligion sind freilich immer nur die Armen, nie die Reichen. Die Reichen mit höheren Steuern zu belasten, wäre ein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb, ginge daher zu Lasten der Armen. «Nur wenn wir immer noch reicher werden», sagen darum die Reichen den Armen, «können wir euch Arbeitsplätze schaffen oder wenigstens die Fürsorgeleistungen erhalten.»

Der globale und totale Markt ist das scheinbar unparteiische, weil anonyme Instrument eines erbarmungslosen Klassenkampfes von oben. De Pury und Co. führen ihn gar im Namen des *Patriotismus.* Für die NZZ (30./31.12.95) ist das Weissbuch der Beweis dafür, «dass international erfolgreiche Wirtschaftsführer immer noch an das ‹Unternehmen Schweiz› glauben und diesem Gemeinwesen nicht innerlich gekündigt haben, obwohl gerade *sie* es sich am ehesten leisten könnten». Wie rührend! Da betreiben demokratisch in keiner Weise legitimierte «Wirtschaftsführer» die Demontage des Sozialstaates, und schon wird ihnen attestiert, sie täten es nicht um des schnöden Mammons willen, sondern um die Schweiz zu retten. Wie die Schweiz nach dieser Rettung aussehen soll, wird nicht gefragt, darf in der Schicksals- und Opferreligion einer Marktwirtschaft ohne Adjektive auch nicht gefragt werden. Der Markt ist der totale Herrscher über die Weltwirtschaft, das Kapital steht nur in seinem Dienst – zum Wohl des Ganzen.

In der Neujahrsausgabe der NZZ schwärmt deren Wirtschaftsredaktor vom *«internationalen Kapital»,* «das rund um den Erdball auf die Suche nach dem ‹besten Wirt› geht, das weltweit vergleicht und evaluiert und das gerade aus seiner Heimatlosigkeit Effizienz und Schnelligkeit schöpft». Effizienz und Schnelligkeit wozu? Die Frage ist töricht, wo doch alles Heil vom Markt kommt und insbesondere jenen winkt, «die diesen Wandel mit ihrer Anpassungs- und Opferbereitschaft beschleunigen helfen». Heute werden 1 bis 2 Billionen US-Dollar täglich auf den

weltweiten Devisenmärkten umgesetzt. Davon sind gerade noch 5 Prozent an reale Produktionsprozesse gebunden. Dieser «Casinokapitalismus» beunruhigt zwar auch die Nationalbanken, nicht aber den «patriotischen» Mitautor des Weissbuchs, der die «Heimatlosigkeit» des totalen Marktes preist.

Das Lob des «Götzen Markt» paart sich mit einem *sozialdarwinistischen Menschenbild*. Der Markt ist nicht nur unser Schicksal, er ist auch die Herausforderung, an der sich die Tüchtigsten bewähren. Genauer gesagt: Was sich auf dem Markt bewährt, ist tüchtig. Da gibt es nichts zu hinterfragen, gar nach den Massstäben der sozialen Gerechtigkeit zu kritisieren. Der Markt duldet keine Ethik neben sich. Eine Ethik, die den Markt richten würde, wäre nicht marktkonform. Der Markt allein ist wahr.

Wer aus dem Markt katapultiert wird, hat das Nachsehen. Er wird sich immer weniger mehr auf den *Sozialstaat* verlassen können. «Soviel Sozialstaat können wir uns nicht mehr leisten», sagen diejenigen, die es sich leisten können, auf ihn zu verzichten. «Das Fest ist aus...», triumphiert die NZZ in ihrer Neujahrsausgabe. Wessen «Fest», wenn es denn je eines war? Das der «wohlorganisierten ‹Staatskonsumenten›», meint der Leitartikler und leistet mit dieser Wortwahl der Verächtlichmachung von Menschen Vorschub, die ohne Sozialversicherung kein würdiges Dasein fristen könnten. Der Sozialstaat dient nicht mehr dem Ausgleich zwischen Arm und Reich oder zwischen den Generationen, sondern er wird mit «(Zwangs-)Solidarität» gleichgesetzt und verunglimpft. In derselben Ausgabe plädiert der Wirtschaftsredaktor und Mitautor des Weissbuchs dafür, «dass an die Stelle der wohlfahrtsstaatlichen Zwangsbeglückung und des paternalistischen Umverteilungsstaates wirtschaftsverträglichere und menschengerechtere Formen des Sozialstaates treten müssen». Wirtschaftsverträglich und menschengerecht ist offenbar nur noch der Fürsorge- und Bittgängerstaat.

Das Dilemma einer Linken ohne Alternative

Die SP reagiert, wie immer in letzter Zeit: *systemimmanent*. Da wird etwa gesagt, dass die Umverteilung von unten nach oben die Binnenkonjunktur abwürge und überhaupt das Wachstum behindere. Für die mittleren Einkommen sei jeder Franken ein Kaufkraftfranken, während die Reichen eine tiefere Konsumquote hätten. Die vom Weissbuch geschürten Ängste wurden gar für die Flaute im Weihnachtsgeschäft verantwortlich gemacht.

Nun ist es gewiss Aufgabe der Sozialdemokratie, für Lohngerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit überhaupt einzutreten. Als problematisch erweist sich jedoch eine Argumentation, die *entlang der kapitalistischen Wachstumsschiene* verläuft. So meinte Peter Bodenmann in einem Streitgespräch mit de Pury: «Ob man die AHV künftig finanzieren kann, hängt vom Wirtschaftswachstum ab. Ich bin optimistisch, dass hier der Kapitalismus funktioniert» (FACTS, 21.12.95). Ja, für den SP-Präsidenten «müssen die Löhne und Renten wieder steigen, damit die notwendige Nachfrage den Kapitalismus in der Schweiz belebt» (NZZ, 21.12.95). Soll der Fetisch Wachstum etwa nur in Zeiten der Hochkonjunktur kritisiert, in Zeiten der wirtschaftlichen Flaute (auf dem Binnenmarkt) dagegen wieder angebetet werden?

Ein weiteres «linkes» Argument lautet, die Produktivität der Industrie sei in den letzten Jahren enorm gesteigert worden. «In der Industrie produzieren 80 Leute gleich viel wie 100 vor vier Jahren», sagt SP-Nationalrat Rudolf H. Strahm (Weltwoche, 14.12.95). Darum präsentiere sich die Schweizer Wirtschaft als innovationsfähig und könne dem Vergleich mit andern europäischen Staaten standhalten. Laut Peter Bodenmann (der sich seinerseits auf den World Competitiveness Report 1995 beruft) ist die Schweiz sogar das *konkurrenzfähigste Land* in Europa. Merken die Genossen, die so argumentieren, dass sie auch nur die Logik des Marktes und des Kapitals nachvollziehen, ja deren Gefan-

gene werden? Der Unterschied zu de Pury und Co. bezieht sich nurmehr auf die Evaluation von Standortbedingungen, nicht aber auf die Prämisse des globalen Weltmarktes.

Es könnte aber die Entwicklung eintreten, dass «die andern» genauso innovations- und konkurrenzfähig würden wie die Schweiz. Eine SP, die sich nach der Logik des totalen Marktes richtete, müsste spätestens zu diesem Zeitpunkt auch die Rezepte von de Pury und Co. übernehmen, um der ökonomischen «Katastrophe» zu entgehen, die das Ende «unserer» Standortvorteile bedeuten würde. Für eine Linke, die das herrschende System so sehr verinnerlicht hat, dass sie nur noch systemimmanent zu reagieren weiss, wäre de Purys Rationalisierungsszenario vielleicht nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Eine Linke dagegen, die bereit wäre, in Alternativen zu denken, würde die Innovations- und Konkurrenzfähigkeit «der andern» begrüssen, sie nach dem Kriterium der *internationalen Solidarität* sogar fördern. Wäre das der Untergang und nicht vielmehr der Anfang einer Weltordnung, in der alle Platz und zu leben haben?

Es ist heute weniger die politische Linke als vielmehr die *christliche Sozialethik,* die noch in Alternativen zu denken wagt. *Hans Ruh* stellt im Tages-Anzeiger (3.1.96) die schon beinahe ketzerische Frage, ob der internationale Wettbewerb um Standortvorteile mit seinem Rationalisierungsdruck überhaupt «der Weisheit letzter Schluss» sein könne. Denn erstens würden dadurch «die dringenden ökologischen Probleme einfach unter den Tisch gekehrt», und zweitens fehle die Antwort «auf die Frage, was denn mit den Millionen von unangepassten Menschen geschehen soll, die nicht wirtschafts- und informatikgerecht» funktionierten. Ruh äussert die Vermutung, «dass, wenn die ganze Welt gleichzeitig rationalisiert, sich diese zu Tode rationalisiert, weil weder ein Ende noch ein Gewinn der Rationalisierung abzusehen ist». Statt dessen fordert er die «Neuverteilung der Arbeit» in einer Wirtschaft «ohne materielles Wachstum» und statt einer weiteren Transnationalisierung der Warenmärkte eine «regionale Industriepolitik».

Ein anderer Sozialethiker, *Ulrich Duchrow,* stellt erneut die *Systemfrage.*[1] Im Anschluss an Max Weber bezeichnet er den Kapitalismus als «herrenlose Sklaverei»: «Die Herren werden unsichtbar gemacht hinter den Mechanismen des Marktes. Und diese werden als gleichsam naturgesetzlich legitimiert gesehen und der Kritik entzogen.» Damit bringt Duchrow präzis auf den Punkt, worum es den neoliberalen Diskursen geht: Diejenigen, die am lautesten nach Markt total rufen, sind seine Profiteure. Aber sie berufen sich natürlich nicht auf ihre Profitinteressen, sondern auf ökonomische Sachzwänge im internationalen Wettbewerb. Der Klassenkampf von oben muss so nicht offen, er kann mit struktureller Gewalt geführt werden. Etwa nach dem Motto: «Und seid ihr nicht willig, so brauchen wir Sachzwänge!» So frei ist der «freie Markt», dass wir ihm unsere Freiheit und Demokratie unterordnen müssen.

Was «im gegenwärtigen Weltsystem prinzipiell abgelehnt werden muss», schreibt Duchrow, «sind die Mechanismen, die mit Hilfe des absolut gesetzten Prinzips der Konkurrenz, des Wettbewerbs unkontrolliert und ungebremst das Wirtschaften weltweit auf die Vermehrung des Geldes der Geldbesitzenden ausrichten, d.h. die Natur und Menschen diesem Zweck – soweit sie können – unterwerfen». Der Sozialethiker arbeitet an *Alternativen:* Diese reichen von Basisgemeinschaften, die dem totalen Weltwirtschaftssystem Widerstand leisten, bis zur Veränderung dieses Systems selbst, u.a. durch eine progressive Weltsteuer oder durch eine Besteuerung der Handelsüberschüsse.

Die Ausgangslage ist klar und einfach: Entweder wir leisten uns den globalen und totalen Markt und dann können wir uns einen sozialen und ökologischen Staat nicht (mehr) leisten. Oder wir hinterfragen endlich die Ideologie dieses Weltmarktes, leisten ihm Widerstand und versuchen, ihn zusammen mit den betroffenen Menschen in Süd und Nord zu überwinden.

Status confessionis?

Die Neoliberalen wissen, dass ihnen heute weniger von der politischen Linken als von der – grundsätzlicher argumentierenden – Sozialethik Gefahr droht. Der Wirtschaftsredaktor der NZZ und Mitautor des Weissbuchs hat darum vorgesorgt und einen Pfarrer aus Schwerzenbach gefunden, der ihm den Gefallen tut, den *Neoliberalismus christlich einzufärben,* ja den Sozialstaat gegen die Nächstenliebe auszuspielen (NZZ, 4./5.11.95). «Liebe», so meint dieser Pfarrer, gehöre zum «Gefühlsbereich» und sei deshalb «jeglichem rechtlichen Zugriff entzogen». Weiter lesen wir: «Die Zwangsfürsorge des Wohlfahrtsstaates lähmt den Willen und durch die Finanzlast zunehmend auch die Fähigkeit zur Selbstverantwortung sowie zur zwischenmenschlichen Direkthilfe... Anstatt dass Nächstenliebe als Folge der Gottesliebe entdeckt und ihr etwas zugetraut wird, verpufft sie in der Delegierung an den Staat und verhärtet zu Macht.»

Dieser christlich firmierende Neoliberalismus verkennt, dass die Anerkennung des Mitmenschen um seiner selbst willen nicht in der zwischenmenschlichen (personalethischen) Nächstenliebe sich erschöpft, sondern als *Solidarität* auch im rechtlichen (sozialethischen) Bereich not tut. Es gibt ein Grundrecht auf menschenwürdiges Leben, das die Gesellschaft nicht von der «zwischenmenschlichen Direkthilfe» der Wohlhabenden abhängig machen darf. Nur der Sozialstaat kann das soziale Existenzminimum ohne Ansehen der Person gewährleisten und damit verhindern, dass Armutsbetroffene auf den «Gefühlsbereich» caritativ eingestellter Menschen angewiesen sind. Liebe, die Gerechtigkeit ersetzen wollte, wäre lieblos[2].

Doch unser pfarrherrlicher Verächter des Sozialstaates freut sich: «Das Jahrhundert, welches als das sozialistische in die Geschichte eingehen dürfte, neigt sich seinem Ende zu». Wohl dank der allerorten aufblühenden Nächstenliebe!? Aber auch der Wirtschaftsredaktor der NZZ sieht sich in seinem «Gefühlsbereich» bestätigt: «Insofern bringt der Wohlfahrtsstaat mit seiner verordneten Zwangs-‹Solidarität› keine Nächstenliebe zum Ausdruck; er ersetzt sie auch nicht – er verdrängt sie nur. Er ist somit auch unter moralischen Aspekten kein Zugewinn.» Nur der Sozialdarwinismus, der im Wirtschaftsteil der NZZ vertreten wird, ist der Kritik unter «moralischen Aspekten» ein für allemal enthoben. Eine Sozialethik, die nicht den Götzen Markt lässt walten, hat im Neoliberalismus keinen Platz.

Ähnliche Kritik ist vor Jahresfrist ebenfalls dem erwähnten Buch von *Ulrich Duchrow* widerfahren. Hermann Sautter, Volkwirtschaftler in Göttingen, wirft ihm «irreführendes Halbwissen» vor. Der Ärmste habe noch immer nichts von den Segnungen des Marktes begriffen. Der Markt verdiene jedoch «eine grundsätzlich positive Bewertung». Denn: «Er sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.» Mögen die wirtschaftenden Subjekte noch so sehr nur ihren Interessen folgen, die «unsichtbare Hand» lenkt alles zum Guten. Solidarität beruht nicht mehr auf Ethik, sondern wird durch den Markt von selbst, quasi-sakramental (ex opere operato) hervorgebracht. (Aber das wäre natürlich keine «Zwangs-Solidarität»!) Sautter ist Mitglied der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Deutschlands. Sein Verriss erschien in der renommierten «Ökumenischen Rundschau»[3].

Welchem Gott wir dienen wollen, ob dem Baal der Reichen oder dem Jahwe der Armen, ist eine Frage nach unserem Christsein. Ich meine, es handle sich auch für die Kirchen um eine *Glaubensfrage,* ja um eine Frage des Status confessionis.

1 Ulrich Duchrow, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft, Mainz 1994. Die folgenden Zitate finden sich auf S. 204, 220, 278f.

2 Vgl. Zeichen der Zeit: «Vom Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade», in NW: 1995, S. 160ff.

3 Hermann Sautter, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft?, in: Ökumenische Rundschau, Januar 1995, S. 464ff.